

## 1.-AUGUST-FEIER IN WILA

## Vor die Tür treten, um zu sehen, was ist

Nationalrat und Zürcher SVP-Kantonalpräsident Alfred Heer ging an der 1.-August-Feier in Wila darauf ein, dass «jeder vor seine Türe treten solle, um zu sehen, was ist», ein Satz von Gottfried Keller. Der Turnverein hatte die Feier trefflich organisiert.

(hpb) Gegen 20 Helferinnen und Helfer hatte der Turnverein Wila auf dem Platz – also in der Halle der Firma Waldvogel an der Püntstrasse – die dafür sorgten, den gut 100 Personen der Wilemer 1.-August-Feier einen perfekten Service zu bieten. Wie Martin Oberholzer gegenüber dem «Töbthaler» erklärte, hatte sich der Verein um die Organisation beworben, um damit Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und den Verein etwas bekannter zu machen.

Zum zweiten Mal hatte der Turnverein die Organisation übernommen. Die Getränke- und Speisekarte wies auffallend moderate Preise auf. Gemeindepräsidentin Monika Kradolfer überbrachte die Grüsse des Gemeinderates. Sie bedankte sich sehr beim Turnverein und sei mit Stolz erfüllt, dass dieser mit seinem grossen Engagement die Traditionen aufrecht erhalte. Dies sei nicht selbstverständlich.

#### Alfred Heer: Grossartige Leistung

Nationalrat und SVP-Kantonsratspräsident Alfred Heer freute sich, dass er in Wila die 1.-August-Rede halten dürfe. In Zürich, seiner Geburtsstadt, sei dies kaum möglich, meinte er in Anspielung auf die eher linkslastige Stadt. Noch 721 Jahre nach dem Bund, welcher der Freiheit und der Selbstbestimmung diene, können die Bürger bestimmen. Alfred Heer: «Die direkte Demokratie ist auf der ganzen Welt einzigartig und führt dazu, dass die Politiker nicht schalten und walten können, wie dies in allen anderen Ländern der Welt gang und gäbe ist.» In einem kurzen geschichtlichen Exkurs ging Heer auf die vielen Schlachten der Eidgenossen ein.

Sie waren beseelt von der Freiheit, was ihnen zahlreiche Siege brachten. Erst Marignano 1515 bedeutete das Ende der Erfolge auch gegen übermächtige Gegner. Die Eidgenossen waren untereinander zerstritten. «Von individueller Freiheit oder von Volksrechten konnte keine Rede sein», sagte Heer. Diese Zerstrittenheit brachte es mit sich, dass etliche Eidgenossen ihr Heil in der französischen Revolution sahen, welche Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit proklamierte. Die Neutralität, die von Napoleon Bonapartes Militärdiktatur aufgezogene Freiheit, war denn auch eher eine Plünderung.

Alfred Heer stellte die Frage, was wir Schweizerinnen und Schweizer aus dieser Geschichte lernen sollten. «Die Freiheit gilt es gegen aussen zu erhalten. Aber die Freiheit des einzelnen Bürgers gegenüber der Obrigkeit im

Innern muss ebenso vorhanden sein. Genau dies war im 16. und 17. Jahrhundert nicht der Fall. Die von den alten Eidgenossen gegen den Feind von aussen erkämpfte Freiheit verlor sich zu sehends im Inneren. Im Kanton Zürich wurden grosse Teile der Landbevölkerung unterdrückt und ihrer Freiheit beraubt. Diese Ungerechtigkeit und Unfreiheit gegenüber einem grossen Teil der damaligen Einwohner führte dazu, dass Unzufriedenheit und bürgerkriegsartige Zustände herrschten.

Kein Wunder, konnte sich ein äusserer, mächtiger Feind wie Napoleon, welcher vorgab, das Wohl und die Freiheit zu bringen, die Schweiz unterdrücken und wie eine Weihnachtsgans ausnehmen», führte Heer aus, und weiter, «dies führt mich dazu, einen Bogen zur heutigen Schweiz zu schlagen. Bereits der erste Staatsschreiber im Kanton Zürich, Gottfried Keller, hat erkannt, dass die individuelle Freiheit und das Überschaubare ein wesentlicher Teil unserer Freiheit sind. In seinem literarischen Werk «Das Fähnlein der sieben Aufrechten» hat er den Satz geschrieben: «Keine Regierung und keine Bataillone mögen dort Recht und Freiheit schützen, wo der Bürger nicht selber imstande ist, vor die Haustüre zu treten, um zu sehen, was es gibt.»

Die Schweiz sei heute ein souveräner und freier Staat in der Staatengemeinschaft. «Aber ist die Schweiz ein freier Staat für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes? Gibt es heute, wie damals im 18. Jahrhundert, ein Gefühl der Unfreiheit? Wir können die traurigen Zustände des 18. Jahrhunderts nicht mit heute vergleichen, die Landbevölkerung ist befreit, jeder Stimmbürger kann an der Urne seine Stimme abgeben. Aber bedrückt nicht uns alle ab und zu ein Gefühl von Ohnmacht, Hoffnungslosigkeit und Unfreiheit? Kann jeder von uns vor die Türe treten, um zu sehen, was es gibt? Ist die Schweiz am verlottern, wenn wir an die zunehmende Gewaltkriminalität, den Kriminaltourismus, den wiederaufblühenden Asylmissbrauch oder an den zunehmenden Missbrauch des Sozialstaates denken? Können wir heute vor die Türe treten, um zu sehen, was es gibt, wenn wir daran denken, wie die Landesregierung sich beispielsweise von der OECD, vom IWF, in der Flughafenfrage und von den USA im Finanzbereich an der Nase herumführen lässt? Diese gravierenden Probleme wurden lange Zeit vor sich her geschoben. Doch scheint nun die Erkenntnis zu reifen, dass diese Probleme gelöst werden müssen und gelöst werden können», hofft Alfred Heer.

Die Schweiz müsse wieder übersichtlicher werden. In Gemeindeangelegenheit könne noch jeder vor die Türe treten, um zu sehen, was es gibt. Aber die Gemeinden, die kleinsten politischen Zellen in unserem Lande, würden ebenso von Regulierungen erdrückt. Die Gemeinde könne kaum mehr autonom handeln, ohne dass der Bund oder Kanton dazu bereits eine Vorschrift erlassen hätten. «So wird die Politik für den einzelnen Bürger kompliziert und unübersichtlich. Grosse Geldströme werden mit unzähligen Gesetzen hin und her verteilt.

Der Einzelne bezahlt viel Geld in anonyme Kassen – allein der Kanton Zürich Millionen in den Finanzausgleich – ohne dass er einen adäquaten Gegenwert dafür erhält. Im Gegenteil: andere bedienen sich an diesen Kassen, welche keine Leistung für unser Land und unsere Gemeinschaft erbracht haben.

Alfred Heer: «Dies führt zu einer Entsolidarisierung mit der Gemeinschaft und somit zu einer Entsolidarisierung mit unserem Land. Die zunehmende Anonymität und die Undurchschaubarkeit unserer Institutionen führen zu einem Vertrauensverlust und mindern die Bereitschaft, in diesen Institutionen tätig zu sein.»

Dieser Tendenz könne dadurch begegnet werden, dass der Einzelne die Freiheit habe, sein wirtschaftliches Fortkommen selber zu meistern. Der Staat habe dort einzuschreiten, wo die Freiheitsrechte des Einzelnen durch andere eingeschränkt werde. Diese innere Freiheit müsse den Bürgerinnen und Bürgern wieder zurückgegeben werden. «Nur so werden diese bereit sein, dem Gemeinwesen ihren Teil zurückzuerstatten». Heute bestehe die Gefahr, dass wir ungewollt unsere Freiheit an den Vater Staat oder Mutter Europa abtreten, welche für jeden und für alle sorgen sollen. Dies führe dazu, dass der Schweizer Bürger durch Gesetze, durch Gebühren und Abgaben mehr und mehr bevormundet werde.

Die Freiheit, Gesetze zu gestalten und demokratisch zu verabschieden, werde für die Gemeinden und Kantone und sogar für den Bund zunehmend durch internationale Verträge eingeschränkt. «Dabei macht leider auch der Bundesrat zurzeit keinen souveränen Eindruck, wenn es darum geht, für die Interessen der Schweiz in den internationalen Gremien einzustehen und das Schweizer Recht und die schweizerische Souveränität zu verteidigen», sagte Heer.

Der 1. August solle Anlass sein, sich Gedanken zu machen, wie wir unsere



Alfred Heer bei der 1.-August-Feier in Wila.

innere und äussere Freiheit erhalten und bewahren können. Wie können wir sicherstellen, dass wir weiterhin als Bürgerinnen und Bürger selber vor die Türe treten können, um zu sehen, was es gibt?

Wir selber hätten es in der Hand, die Zukunft unseres Landes in voller innerer und äusserer Freiheit zu gestalten und zu bewahren. Die Schweiz sei noch immer ein Land, in welchem Frieden herrsche. Die Regierenden können nicht gegen das Volk politisieren, sondern nur mit ihm. «Dies unterscheidet unser Land von jedem anderen Land auf dieser Erde.

Die Schweiz ist eine Willensnation. Der Wille der Schweizerinnen und Schweizer eine Gemeinschaft trotz kulturellen, sprachlichen und religiösen Unterschieden zu bilden, ist eine grossartige und einzigartige Leistung. Diese Leistung hat kein anderes Land auf dieser Erde vollbracht. Darauf dürfen wir stolz sein», sagte Alfred Heer überzeugt. Der Bund von 1291 habe von seiner Kraft noch nichts verloren. Damit dies auch weiterhin so bleibe, habe jeder von uns die staatsbürgerliche Pflicht, sich dafür einzusetzen, dass jeder Bürger wieder selber imstande ist, vor die Haustüre zu treten, um zu sehen, was es gibt. Gottfried Keller, ein wahrhaft grosser Zürcher, habe den trefflichen Satz im Jahre 1860 geschrieben. Er habe noch heute

trotz oder gerade wegen suprastaatlichen Institutionen wie der UNO, der Nato, OECD und der EU seine Gültigkeit. In diesen Gremien könne niemand vor die Türe treten, um zu sehen, was es gibt. Es seien bürokratische Monsterorganisationen, in denen nicht das Recht, sondern die Macht im Vordergrund stehe.

«Wäre in jedem Lande auf dieser Welt der Bürger selber imstande, vor die Haustüre zu treten, um zu sehen, was es gibt, glauben Sie mir, unsere Welt wäre einiges friedlicher. Als Eidgenossen und Zürcher sollte es uns allen also nicht allzu schwer fallen, uns an die Worte unseres ersten Staatschreibers nicht nur am 1. August, sondern auch unter dem Jahre zu erinnern, wenn politische Entscheide, gerade wieder im September, anstehen. Diese einfache und gleichzeitig wahre Botschaft unseres grossen Zürchers Gottfried Keller wollte ich Ihnen heute wieder in Erinnerung rufen. Ich wünsche uns allen einen schönen 1. August», schloss Nationalrat Alfred Heer seine mit grossem Applaus bedachte Rede.

Anschließend sangen alle gemeinsam die erste Strophe der Nationalhymne und liessen danach den 1. August bei Tranksamen und Grilladen sowie feinen Desserts und Gesprächen gemütlich ausklingen.

Quelle: «Der Tössthaler»

## ABSTIMMUNG VOM 23. SEPTEMBER 2012

## A4-Zubringer Obfelden/Ottenbach – IG Sicherer Schulweg gegründet

Am 23. September 2012 wird der Kanton Zürich über den A4-Zubringer Obfelden/Ottenbach abstimmen. In den betroffenen Gemeinden hat sich eine parteiübergreifende Vereinigung von Eltern und Dorfbewohnern formiert, die sich für Verkehrssicherheit und menschenfreundliche Dorfzentren einsetzt.

Die IG Sicherer Schulweg wurde Anfang April gegründet und startete ihre Abstimmungskampagne vor einigen Wochen.

Unterstützt wird sie dabei von den beiden Gemeinden Obfelden und Ottenbach, die sich beide klar für den A4-Zubringer aussprechen. «Die Abstimmung vom 23. September ist wegweisend für die Zukunft unserer Gemeinde», sagt Thomas Ammann, Gemeindepräsident von Obfelden. «Nur mit dem A4-Zubringer ist es möglich, unsere Dorfstrassen, die Hunderte von Kindern täglich für ihren Schulweg benutzen müssen, wirkungsvoll vom Durchgangs- und Schwerverkehr zu entlasten.» Ebenso wie in Obfelden hat sich die Verkehrssituation auch in Ottenbach seit der Eröffnung der Autobahn A4 deutlich verschlechtert. «Die stetig wachsende Zahl von 40-Tönern, die unser Dorfzentrum Richtung

Autobahnanschluss A4 durchquert, wird immer mehr zu einer unzumutbaren Belastung», sagt Kurt Weber, Gemeindepräsident von Ottenbach. «Sie fahren die Sicherheitsposten bei der Zentrumskreuzung beinahe im Wochentakt um und gefährden Passanten und Kinder.»

#### Fünf Gründe für den A4-Zubringer Obfelden/Ottenbach

- Sichere Schulwege für unsere Kinder:
- Seit der Eröffnung der A4 vor drei Jahren ist der Schulweg von rund 870 Schülerinnen und Schülern in Obfelden und Ottenbach zum Autobahnzubringer geworden. Der Durchgangs- und Schwerverkehr nimmt laufend zu – es wird immer gefährlicher.
- Langjähriges Versprechen halten – alles andere ist unfair:

Der A4-Zubringer war von Anfang an Bestandteil der Autobahn A4. Es ist nicht fair, die seit langem versprochene Entlastung der Dorfzentren in Obfelden und Ottenbach unter den Tisch zu wischen und die betroffenen Anwohner und Schulkinder ihrem Schicksal zu überlassen.

- Bestmöglicher Schutz von Umwelt und Landschaft:
- Umfassende Umweltschutz- und Aufwertungsmassnahmen im Bereich der sensiblen Reusslandschaft (Flachmoor Bibelaas) in Ottenbach sowie der Verzicht auf die ursprünglich geplante Umfahrung Obfelden-Bickwil zeigen klar: Der Naturschutz wird beim A4-Zubringer ernst genommen und mit hoher Priorität umgesetzt.
- Der öffentliche Verkehr profitiert von entlasteten Dorfzentren:

Wer heute mit dem Postauto reist, bleibt in Obfelden und Ottenbach zu Stosszeiten regelmässig im Stau stecken. Mit verkehrsberuhigten Dorfzentren ist Schluss damit – der öffentliche Verkehr hat endlich wieder Priorität.

- Auch bei einem Nein fallen Kosten von 20–30 Millionen Franken an:
- Auch bei einem Nein zum A4-Zubringer fallen Kosten von 20–30 Millionen Franken an für zwingende Verbesserungsmassnahmen (Lärmschutz, Ausbau Ortsdurchfahrten). Also über die Hälfte dessen, was der Kanton Zürich für den A4-Zubringer bezahlt – und die Verkehrsprobleme werden nur noch grösser.

#### Das Projekt A4-Zubringer im Überblick

Der A4-Zubringer Obfelden/Ottenbach soll die Einwohner und Schulkinder in

Obfelden und Ottenbach vom Durchgangs- und Schwerverkehr entlasten, der seit der Eröffnung der Autobahn A4 stetig zunimmt. Das Bauprojekt besteht aus der zwei Kilometer langen Umfahrung Ottenbach sowie der Tieferlegung und Teil-Überdeckung der bestehenden Strasse in Obfelden-Bickwil.

Verkehrsberuhigende Massnahmen in den Ortsdurchfahrten stellen den Erfolg langfristig sicher. Regierungsrat und Kantonsrat des Kantons Zürich haben das umfassend geprüfte und ausgewogene Bauprojekt gutgeheissen.

Von den Gesamtkosten von rund 65 Millionen Franken übernimmt der Bund einen Anteil von 25 Millionen Franken. Grund für die kantonale Abstimmung ist ein Behördenreferendum Anfang Januar 2012 im Zürcher Kantonsrat.